

LEHRSTUHL FÜR
ALLG. BWL UND WIRTSCHAFTSINFORMATIK
UNIV.-PROF. DR. HERBERT KARGL

Muzic, Suzana; Schwickert, Axel C.

**Demokratiepolitische Potentiale
des Internet in Deutschland**

ARBEITSPAPIERE WI
Nr. 2/1998

Schriftleitung:
Dr. rer. pol. Axel C. Schwickert

Information

- Reihe:** Arbeitspapiere WI
- Herausgeber:** Univ.-Prof. Dr. Axel C. Schwickert
Professur für BWL und Wirtschaftsinformatik
Justus-Liebig-Universität Gießen
Fachbereich Wirtschaftswissenschaften
Licher Straße 70
D – 35394 Gießen
Telefon (0 64 1) 99-22611
Telefax (0 64 1) 99-22619
eMail: Axel.Schwickert@wirtschaft.uni-giessen.de
<http://wi.uni-giessen.de>
- Bis Ende des Jahres 2000 lag die Herausgeberschaft bei:
Lehrstuhl für Allg. BWL und Wirtschaftsinformatik
Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften
Welderweg 9
D - 55099 Mainz
- Ziele:** Die Arbeitspapiere dieser Reihe sollen konsistente Überblicke zu den Grundlagen der Wirtschaftsinformatik geben und sich mit speziellen Themenbereichen tiefergehend befassen. Ziel ist die verständliche Vermittlung theoretischer Grundlagen und deren Transfer in praxisorientiertes Wissen.
- Zielgruppen:** Als Zielgruppen sehen wir Forschende, Lehrende und Lernende in der Disziplin Wirtschaftsinformatik sowie das IuK-Management und Praktiker in Unternehmen.
- Quellen:** Die Arbeitspapiere entstanden aus Forschungsarbeiten, Diplom-, Studien- und Projektarbeiten sowie Begleitmaterialien zu Lehr- und Vortragsveranstaltungen des Lehrstuhls für Allg. Betriebswirtschaftslehre und Wirtschaftsinformatik Univ. Prof. Dr. Herbert Kargl an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.
- Hinweise:** Wir nehmen Ihre Anregungen und Kritik zu den Arbeitspapieren aufmerksam zur Kenntnis und werden uns auf Wunsch mit Ihnen in Verbindung setzen.
Falls Sie selbst ein Arbeitspapier in der Reihe veröffentlichen möchten, nehmen Sie bitte mit dem Herausgeber (Gießen) unter obiger Adresse Kontakt auf.
Informationen über die bisher erschienenen Arbeitspapiere dieser Reihe und deren Bezug erhalten Sie auf dem Schlußblatt eines jeden Arbeitspapiers und auf der Web Site des Lehrstuhls unter der Adresse <http://wi.uni-giessen.de>

Arbeitspapiere WI Nr. 2/1998

- Autoren:** Muzic, Suzana; Schwickert, Axel C.
- Titel:** Demokratiepolitische Potentiale des Internet in Deutschland
- Zitation:** Muzic, Suzana; Schwickert, Axel C.: Demokratiepolitische Potentiale des Internet in Deutschland, in: Arbeitspapiere WI, Nr. 2/1998, Hrsg.: Lehrstuhl für Allg. BWL und Wirtschaftsinformatik, Johannes Gutenberg-Universität: Mainz 1998.
- Kurzfassung:** Wie kaum eine andere technologische Entwicklung trägt das Internet zur Diskussion des gesellschaftlichen Wandels und des Aufbruchs in die Informationsgesellschaft bei. Die letzten Jahrzehnte sind geprägt durch einen starken Medienwandel, der sich als folgenreich für Gesellschaft und Politik erweist. Die rasche Verbreitung des Internet als Informations- und Kommunikationsmedium löst aber nicht nur Spekulationen über die gesellschaftlichen Folgen dieser Entwicklung aus. Auch im Rahmen des politischen Prozesses werden entsprechende Überlegungen angestellt: inwiefern sich Politik in der Informationsgesellschaft verändert und politische Macht konfiguriert, ob das neue Medium Auswirkungen auf die politische Kommunikation hat und ob sich neuen Möglichkeiten demokratischer Politik ergeben.
- Schlüsselwörter:** Internet, politische Auswirkungen, demokratiepolitische Potentiale, Bürgerinformationssysteme, Freenets, bürgernahe Verwaltung, interaktive Planungsbeteiligungsverfahren, elektronische Wahlen, politische Kommunikation, politische Netz-Öffentlichkeit, politische Parteien, politische Administration, politisch aktive Organisationen, Medien

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
2	Zur Systematik politischer Auswirkungen des Internet	4
3	Grundlegende politische Wirkungen des Internet	5
3.1	Politische Kommunikation.....	5
3.2	Strukturelle Änderungen der Öffentlichkeit.....	7
4	Demokratiepolitische Anwendungsgebiete des Internet	9
4.1	Fundierung demokratiepolitischer Potentiale des Internet.....	9
4.2	Politische Gemeinschaftsbildung und Selbstorganisation	10
4.3	Bürgerinformationssysteme	11
4.3	Freenets	12
4.4	Bürgernahe Verwaltung	13
4.5	Interaktive Planungs- und Mediationsverfahren	13
4.6	Elektronische Wahlen	14
5	Politische Akteure	15
5.1	Politische Netzöffentlichkeit.....	15
5.2	Politische Administration.....	15
5.3	Politische Parteien.....	16
5.4	Sonstige politisch aktive Organisationen.....	17
5.5	Etablierte Medien im Internet	18
6	Die deutsche Debatte um politische Potentiale des Internet	20
	Literaturverzeichnis	22

1 Einleitung

Wie kaum eine andere technologische Entwicklung trägt das Internet zur Diskussion des gesellschaftlichen Wandels und des Aufbruchs in die Informationsgesellschaft bei. Die letzten Jahrzehnte sind geprägt durch einen starken Medienwandel, der sich als folgenreich für Gesellschaft und Politik erweist.¹ Das Internet kann durch seine eigene spezifische Struktur die Medienlandschaft verändern und zu Umschichtungen zwischen den bisherigen Massenmedien und dem Netz als neues Medium führen.² Das Internet wird laufende Entwicklungen weiter vorantreiben, darüber hinaus aber aufgrund seiner besonderen multimedialen Eigenschaften und seines offensichtlich viele Lebensbereiche berührenden Charakters eine weitere Dimension des Wandels eröffnen.

Die rasche Verbreitung des Internet als Informations- und Kommunikationsmedium löst nicht nur Spekulationen über die gesellschaftlichen Folgen dieser Entwicklung aus. Auch im Rahmen des politischen Prozesses werden entsprechende Überlegungen angestellt: inwiefern sich Politik in der Informationsgesellschaft verändert und politische Macht konfiguriert, ob das neue Medium Auswirkungen auf die politische Kommunikation hat und ob sich neue Möglichkeiten demokratischer Politik ergeben.

Das vorliegende Arbeitspapier untersucht das politische Potential des Internet im Kontext des demokratischen Systems in Deutschland. Eine Systematisierung der politischen Auswirkungen in Kapitel 2 zeigt das Ausmaß der anstehenden Veränderungen. Kapitel 3 erläutert zunächst den Wirkungszusammenhang zwischen dem Medium Internet und dem politischen System. Inwieweit das Internet ein demokratisches, demokratieförderndes Medium ist, und welchen demokratischen Wert es hat, wird an konkreten Beispielen in Kapitel 4 deutlich. Welche Rolle dabei verschiedene politische Akteure spielen und wie sie das Internet nutzen, um die demokratiepolitischen Potentiale zu fördern, zeigt Kapitel 5. Kapitel 6 kennzeichnet mit der deutschen Medienpolitik sowie dem Umgang mit Pilotprojekten die aktuelle politische Debatte um die Möglichkeiten des neuen Mediums in Deutschland.

Die USA haben im Hinblick auf neue Medien wie dem Internet einen Entwicklungs-, Anwendungs- und Nutzungsvorsprung, auch im politischen Bereich.³ Die unterschiedlichen Mediennutzungsgewohnheiten, Unterschiede im Technikverständnis und der Einführung neuer Medientechniken sowie kulturelle Besonderheiten einzelner Länder verhindern, daß die US-amerikanischen Entwicklungen und Forschungsergebnisse ohne weiteres auf deutsche Verhältnisse übertragen werden können.⁴ Es ist nicht anzunehmen, daß gleiche Technik auch zur gleichen Nutzung führt, wenn die kulturellen Vor-

1 Vgl. Schulz, Winfried: Neue Medien – Chancen und Risiken, Tendenzen der Medienentwicklung und ihre Folgen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/97, 10.10.1997, S. 3-12.

2 Vgl. Kubicek, Herbert: Demokratie im Netz – Vernetzte Demokratie?, 7.2.97, Online im Internet: URL: <http://www.heise.de/tp/deutsch/special/pol/8002/2.htm> [Stand: 17.12.97].

3 Die amerikanische Regierung unter Präsident Clinton und Vizepräsident Al Gore haben mit ihrer Initiative für eine National Information Infrastructure aufgezeigt, wie man technikorientierte Förderung mit sozialen Reformen verbinden kann.

4 Vgl. Ludes, Peter; Werner, Andreas: Multimedia-Kommunikation, Theorien, Trends und Praxis, Opladen: Westdeutscher Verlag 1997, S. 44-46.

aussetzungen sich unterscheiden. Technik kann soziale Verhältnisse nicht ursächlich verändern, sondern nur vorhandene Trends verstärken, bestenfalls latente Tendenzen aktivieren helfen.

2 Zur Systematik politischer Auswirkungen des Internet

Mit dem Internet als Informations- und Diskussionsraum hat sich eine neue politische Sphäre entwickelt, deren spezifische Bedingungen zu eigenen Formen politischer Ordnung führen. Das Internet garantiert schon aufgrund seiner technischen Struktur Meinungs- und Informationspluralismus und könnte seitens der Politik als Medium für eigene Transparenz, aber auch im Sinne einer Öffnung für eine größere Bürgerbeteiligung genutzt werden. Politische Partizipation, die Beteiligung der Bürger am politischen Entscheidungsprozeß, ist ein Grundprinzip jeder demokratischen Gesellschaft.⁵ Das Internet kann zur Verbreitung politischer Anschauungen und Informationen seitens der politischen Akteure, aber auch der Bürger dienen, es kann Öffentlichkeit erzeugen und als Kommunikationsmedium zur aktiven Mitgestaltung des politischen Prozesses beitragen. Der schnelle Zugang zu den verschiedensten Informationen im Internet, sowie die Möglichkeit der Bürger, dieses als effizientes und mächtiges Instrument zur Artikulation von Meinungen, Bündelung von Interessen und Organisation von Aktionen zu nutzen, wird auch für das politische System entscheidende Konsequenzen haben.

Anhand einer Prüfung der Angebotsvielfalt einschlägiger Informationen lassen sich wesentliche politische Potentiale des Internet in folgenden Bereichen identifizieren:

- ❑ *Die politische Kommunikation*
Eine verbesserte Information der Bürger und ein intensiver politischer Dialog wird ermöglicht.
- ❑ *Die Struktur von Öffentlichkeit*
Mit dem Internet erhalten viele Menschen eine Plattform für öffentliches Handeln.
- ❑ *Der demokratische Prozeß*
Es ergeben sich neue Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungsprozessen sowie eine bürgernahe Gestaltung von Politik und politischen Institutionen.
- ❑ *Das Auftreten und Präsentieren der politischen Akteure*
Das Internet erweitert die Möglichkeiten der Wahlkampfstrategie und Öffentlichkeitsarbeit.

Das Internet hat das Potential, das, was bisher an der technischen Beschränktheit herkömmlicher Medien gescheitert ist, zu ermöglichen: zum einen eine Differenzierung demokratischer Meinungsbildungsprozesse durch eine Ausweitung des öffentlichen Dis-

5 Vgl. Bonchek, Mark S: From Broadcast to Netcast, The Internet and the flow of political information, Political Participation, Online im Internet: URL: <http://www.ai.mit.edu/people/msb/thesis/chapter9.html> [Stand: 5.8.97].

kurses auf mehr Interessierte, zum anderen eine Differenzierung des politischen Willensausdruckes durch elektronisch gesteuerte Wahl- und Abstimmungsverfahren. Inwieweit leistungsfähige Möglichkeiten für den politischen Prozeß konkret genutzt werden, hängt davon ab, ob und wie es die Politik bzw. die politischen Institutionen verstehen werden, das Instrument „Internet“ in den politischen Prozeß einzubinden, es den Bürgern transparent zu machen und damit Politik zu vermitteln. Denn „[...] eine Gesellschaft, die sich auch sonst eher regieren läßt, als aktiv an politischen Entscheidungen auf der kommunalen, Länder- oder Bundesebene teilhaben zu wollen, wird sich allein durch verbesserte Kommunikationsmittel nicht verändern, wenn die Menschen sie nicht nutzen. Unsere Gesellschaft befindet sich überdies im Moment eher in einem Prozeß der Entpolitisierung, als auf dem Weg zu einer größeren Politisierung.“⁶

Das Internet ist insbesondere demokratiepolitisch relevant, da es als Instrument politischer Information, Meinungsbildung und Partizipation wirken kann.⁷ Einerseits wirkt das Internet auf die politische Kommunikation und verändert somit das politische Wirkungsfeld (Kapitel 3.1). Andererseits beeinflusst das Internet auch die politischen Wirkungsrichtungen, was Folgen für Formen der Öffentlichkeit hat (Kapitel 3.2). Von diesen grundlegenden Änderungen leiten sich konkrete Nutzungsbereiche ab (Kapitel 4). Die grundlegenden Veränderungen sind maßgebend für die Änderungen in der Präsenz der politischen Akteure (Kapitel 5). Die deutsche Medienpolitik und der Umgang mit Pilotprojekten zeigen den Standpunkt in Deutschland zu diesem Thema (Kapitel 6).

3 Grundlegende politische Wirkungen des Internet

3.1 Politische Kommunikation

„Kommunikation ist eine elementare Grundsache menschlicher Existenz. Sie ist Voraussetzung und Element nahezu jeder Interaktion beim Zusammenleben von Menschen. Politische Kommunikation ist deshalb grundlegend für jede Form der politischen Willens- und Entscheidungsfindung“⁸ und stellt eine wichtige Ergänzung zum Kontrollsystem demokratisch verfaßter Staaten mit ihrer Gewaltenteilung dar. Die „Basis politischer Kommunikation sind allgemeine soziale Rahmenbedingungen, ihr Kontext die Ausprägungen einer ‘politischen Kultur’“⁹. Deshalb wird im folgenden dargestellt, wie

6 Vgl. Kubicek, Herbert: Ich bin sehr skeptisch, was die Umsetzung einer wie auch immer demokratisch gebildeten Politik angeht, Online im Internet: URL: <http://www.heise.de/tp/deutsch/special/te/8003/1.html> [Stand: 15.4.97].

7 Vgl. Leggewie, Claus: Netizens oder: der gut informierte Bürger heute, Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit?, Macht Information, Internationale Konferenz über die Werte der Informationsgesellschaft, 9.9.96, Online im Internet: URL: <http://www.iid.de/macht/beitraege/leggewie.htm> [Stand: 15.4.97].

8 von Alemann, Ulrich: Parteien und Gesellschaft in der Bundesrepublik, in: Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Hrsg.: Minzel, Alf; Oberreuter, Heinrich, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1990, S. 113.

9 Weischenberg, Siegfried: Forum oder Zirkus, Politische Kommunikation und Journalismus in der Informationsgesellschaft, in: Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, Herausforderungen und

sich die Eigenschaften computervermittelter Kommunikation im Internet auf die politische Kommunikation auswirken und welche Möglichkeiten sich dadurch für die Demokratie ergeben.

Um die Funktionsweise des politischen Systems in Deutschland zu verstehen, muß die Kommunikation zwischen Bürgern und Politik dargestellt werden. Bürger können sich über folgende Wege informieren:¹⁰

- aus Massenmedien,
- aus unmittelbaren, politisch relevanten Erfahrungen im persönlichen Umfeld,
- aus dem Umgang mit Behörden aller Art,
- aus der direkten Anschauung von Politik im lokalen Bereich,
- aus direktem Kontakt mit politischen Akteuren,
- aus eigenem Engagement in Parteien, Verbänden, Bürgerinitiativen und anderen gesellschaftlichen Gruppen
- aus den in der politischen Bildung vermittelten Kenntnissen und Werthaltungen.

Das Internet integriert Potentiale der mündlichen Direktkommunikation, der Printmedien sowie der audio-visuellen Medien. Es steigert deren Kapazität und Transaktionsdichte und verringert die Transaktionskosten, zugleich erhöht es deren Reichweite und löst die Informationen aus ihrer raumzeitlichen Verankerung. Interaktive Zwei-Wege-Kommunikation flacht die Hierarchie der herkömmlichen Sender-Empfänger-Kommunikation ab, indem jeder Nutzer Sender und Empfänger zugleich sein kann. Dadurch wird die Selektionsmacht traditioneller „Gatekeeper“ relativiert. Die oben genannten Möglichkeiten der Information können in einem Medium – zumindest partiell – zusammengefaßt werden. Dadurch wird die Kommunikation zwischen den Bürgern und den politischen Institutionen, aber auch der Bürger untereinander einfacher und der politische Prozeß – die Meinungs- und Willensbildung – offener und unabhängiger.

Somit gewinnt das Internet eine immer stärkere Bedeutung für die politische Kommunikation.¹¹ Politische Kommunikation im Internet kann mehrere Formen annehmen, denn den politischen Akteuren stehen unterschiedliche Möglichkeiten der Politikdarstellung zur Verfügung. So wird zur Informationsverbreitung vorrangig das World Wide Web genutzt. Bei persönlicher Kommunikation bedient man sich des Internet-Dienstes Electronic-Mail. Bei politischer Kommunikation mit der elektronischen Basis lassen sich

Perspektiven für Wirtschaft, Wissenschaft, Recht und Politik, Hrsg.: Tauss, Jörg; Kollbeck, Johannes; Mönikes, Jan, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1996, S. 775.

10 Vgl. Sarcinelli, Ulrich: Politikvermittlung und demokratische Kommunikationskultur, in: Politikvermittlung, Beiträge zur politischen Kommunikationskultur, Hrsg.: Sarcinelli, Ulrich, Bonn 1987, S. 19.

11 Vgl. Zittel, Thomas: Über die Demokratie in der vernetzten Gesellschaft, Das Internet als Medium politischer Kommunikation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/97, 10.10.97, S. 23-29.

Newsgroups und Online-Chats einsetzen. Die Eigenschaften computervermittelter Kommunikation werden in folgender Art und Weise demokratiepolitisch relevant:¹²

- ❑ Senkung der Zugangsschwellen zu Informationen, wodurch die verfügbare politische Informationsvielfalt rapide zunimmt;
- ❑ Beschleunigung der Bereitstellung, Verteilung und Aufnahme politischer Information;
- ❑ Erhöhung der Selektivität bei der Nutzung und Verteilung politischer Information;
- ❑ Erweiterung individueller Handlungsspielräume durch Digitalisierung bisher aufwendig auf verschiedene Medien verteilter Text-, Bild-, Video-, Sprach- und Datenkommunikation;
- ❑ Ausdünnung der Kommunikationshierarchien und Relativierung der bei klassischen politischen Medien bzw. innerhalb von Institutionen und Organisationen relevanten Filter, so daß die Themenfindung demokratisiert wird;
- ❑ Angebot interaktiver und polydirektionaler statt überwiegend distributiver Formen politischer Kommunikation.

Das Internet kann also sowohl der politischen Kommunikation der Bürger untereinander dienen als auch den Dialog zwischen Staat bzw. Parteien und Bürgern fördern. Es kann lokale Kommunikation verdichten und globale Kommunikation herstellen.¹³ Dadurch können Mehrheitsentscheidungen nach vorangegangener, ausführlicher Diskussion verbessert und so die Demokratie gestärkt werden.

3.2 Strukturelle Änderungen der Öffentlichkeit

Massenmedien liefern den Bürgern wie auch den Politikern eine Informationsgrundlage für die politische Meinungsbildung und für politische Entscheidungen. Sie konstituieren eine politische Öffentlichkeit und schaffen damit ein Forum zur Auseinandersetzung über politische Prioritäten.¹⁴

Eine transparente und für jeden zugängliche Öffentlichkeit ist lebensnotwendig für jede demokratische Gesellschaft, da das politisch Machbare durch Wählergunst legitimiert, aber auch limitiert wird. Öffentlichkeit wird durch die Konstruktion der Medien kanalisiert. Dabei haben die klassischen Massenmedien Informations-, Artikulations-, Kritik- und Kontroll- sowie soziokulturelle Funktion in der Demokratie.¹⁵ Medien haben somit

12 Vgl. Rilling, Rainer: Internet und Demokratie, 26.2.97, Online im Internet: URL: <http://staff-www.marburg.de/~rillingr/bdweb/texte/iudfrH.htm> [Stand: 30.4.97].

13 Politik findet überwiegend im lokalen und nationalen Bereich statt.

14 Vgl. Schulz, Winfried: Neue Medien – Chancen und Risiken. Tendenzen der Medienentwicklung und ihre Folgen, a. a. O., S. 9.

15 Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Information zur politischen Bildung – Massenmedien, Band 208/209, Bonn: 1990, S. 1 ff.

bei der Beeinflussung des politischen Verhaltens eine Schlüsselrolle. Demnach sind die politischen Akteure auf Medien angewiesen. Ohne die Symbiose von Politik, Öffentlichkeit und Medien ist die Funktionsweise der Politik in einer demokratischen Gesellschaft nicht begreifbar: „Veränderungen im Mediensystem führen zu einer zu Veränderungen im Politiksystem und diese geänderte Darstellungspolitik beeinflußt ihrerseits die Mechanismen (politischer) Wirklichkeitskonstruktion durch die Medien.“¹⁶

„Ein wesentliches Charakteristikum der herkömmlichen Massenkommunikation war das einer strukturellen Öffentlichkeit; d. h., die Aufnahme von Informationen erfolgte immer im Bewußtsein, daß dieser Akt der Informationsaufnahme von der Öffentlichkeit zumindest strukturell geteilt wurde.“¹⁷ Das Internet verändert diese öffentliche Struktur grundlegend, was qualitative Konsequenzen für die Konstituierungsprozesse der Öffentlichkeit haben wird. „Vieles spricht dafür, daß das demokratische Potential der Öffentlichkeit, deren Infrastruktur von den wachsenden Selektionszwängen der elektronischen Massenkommunikation geprägt ist, ambivalent ist.“¹⁸ Es entsteht eine neue Form von Öffentlichkeit. Das Internet ist das erste Medium, das Eigenschaften eines Massen- und Individualmediums vereinigt. Es ist gleichzeitig öffentlich und privat, und eine breite Masse erhält die Möglichkeit, Öffentlichkeit zu schaffen. Einerseits führt das zu einer „globalen Öffentlichkeit“, andererseits führt diese aber zur Fragmentierung „der Öffentlichkeit“ in viele, verschiedene Teilöffentlichkeiten. Diese können in ihrer Gesamtheit nicht jene Öffentlichkeit ersetzen, in der sich der demokratische Prozeß vollzieht, denn es entstehen „weltweite, territorial entwurzelte und voneinander segmentierte Öffentlichkeiten“¹⁹. Öffentlichkeit stellt nicht mehr eine Struktur dar, sondern einen sich immer wieder neu mit wechselnden Rollen vollziehenden Prozeß.²⁰

Letztendlich löst sich die „klassische Öffentlichkeit“ auf. Das Internet fragmentiert diese, den Nationalstaat tragende Öffentlichkeit endgültig. Inwieweit die neue, globale und segmentierte Öffentlichkeit Einfluß auf die politische Sphäre hat, muß sich erst zeigen.

16 Tauss, Jörg; Kollbeck, Johannes; Mönikes, Jan: Wege in die Informationsgesellschaft, in: Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, Herausforderungen und Perspektiven für Wirtschaft, Wissenschaft, Recht und Politik, Hrsg.: Tauss, Jörg; Kollbeck, Johannes; Mönikes, Jan, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1996, S. 68.

17 Burkert, Herbert, „Elektronische Demokratie“, Einige staats- und verfassungsrechtliche Anmerkungen, Antrittsvorlesung, Universität St. Gallen, 21.1.97, Online im Internet: URL: <http://www.gmd.de/People/Herbert.Burkert/ED.htm> [Stand: 12.10.97].

18 Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit, Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Unveränd. Nachdr., 5. Aufl., Frankfurt am Main: Suhrkamp 1996, S. 49.

19 Habermas, Jürgen: Aufgeklärte Ratlosigkeit, Warum die Politik ohne Perspektiven ist, in: Frankfurter Rundschau, 30.12.95.

20 Vgl. Burkert, Herbert, „Elektronische Demokratie“, Einige staats- und verfassungsrechtliche Anmerkungen, Antrittsvorlesung, Universität St. Gallen, 21.1.97, a. a. O.

4 Demokratiepolitische Anwendungsgebiete des Internet

4.1 Fundierung demokratiepolitischer Potentiale des Internet

Die Verfügbarkeit eines neuen Mediums reicht allein nicht aus, um Interesse und Aktivität der Bürger am politischen Prozeß zu fördern. Dazu bedarf es eines bestimmten Politikverständnisses, praktizierter politischer Diskurse und eines auf breiter gesellschaftlicher Ebene angelegten politischen Prozesses. Eine Informationsgesellschaft schafft nicht automatisch informierte und mündige Bürger.

Bei der Diskussion demokratiepolitischer Potentiale des Internet muß zwischen Demokratie im Netz (dem Internet sind schon aufgrund seiner Dezentralität, Globalität, Interaktivität sowie Multidirektionalität bestimmte demokratieverträgliche technische Eigenschaften immanent) und der instrumentellen Bedeutung des Netzes in der demokratischen Gesellschaft unterschieden werden. Die Ausführungen im vorliegenden Arbeitspapier konzentrieren sich auf die instrumentelle Bedeutung des neuen Mediums für den demokratischen Prozeß und den damit verbundenen politischen Aktivitäten der jeweiligen Akteure. Aus der Vielzahl spezieller Anwendungen des Internet im demokratischen Prozeß lassen sich einige zentrale Anwendungsgebiete für eine demokratische Gesellschaft formen. Diese werden nachfolgend nach steigender Intensität der Beteiligungs- und Interaktionsmöglichkeiten geordnet:²¹

- politische Gemeinschaftsbildung;*
- Bürgerinformationssysteme;*
- Freenets;*
- bürgernahe Verwaltung;*
- interaktive Planungsbeteiligungsverfahren;*
- elektronische Wahlen.*

Bei aller Betonung der demokratischen Potentiale des Internet darf nicht vergessen werden, daß der Großteil der Erdbevölkerung noch gar nicht an das weltweite Netz angeschlossen ist. Die ungleiche Verteilung der Zugangschancen zu dem neuen Medium, ebenso wie der noch recht komplizierte Umgang mit dem Medium führen zu einer Spaltung der Gesellschaft: in diejenigen, die den Zugang bezahlen und lernen können, damit umzugehen, und in diejenigen, die aus finanziellen und technischen Gründen davon ausgeschlossen sind. Die freie Zugänglichkeit zu demokratiepolitisch relevanten Informationen ist aber eine Grundvoraussetzung eines meinungsbildenden, öffentlichen Diskurses unter den Bürgern. Das heißt, daß eine gleichmäßige und flächendeckende Versorgung der Mitglieder einer Gesellschaft mit politisch notwendigen Informationen garantiert werden muß.²²

21 Vgl. Leggewie, Claus: Netizens oder: der gut informierte Bürger heute, Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit?, a. a. O.

22 Vgl. Kubicek, Herbert: Allgemeiner Zugang und informationelle Grundversorgung in der Informationsgesellschaft, in: Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, Herausforderungen und Perspektiven für Wirtschaft, Wissenschaft, Recht und Politik, Hrsg.: Tauss, Jörg; Kollbeck, Johannes; Mönikes, Jan, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1996, S. 156-182.

Das Internet kann die heutigen krisenhaften Erscheinungen westlich-liberaler Demokratien wie wachsendes politisches Desinteresse, sinkende Wahlbeteiligung sowie Apathie nicht lösen, aber es kann zur Lösung beitragen: „Offene Datennetze und offene Politik bedingen sich. Die demokratiepolitische Qualität der Netze und des neuen Informationsraumes entsteht aus der demokratischen Konfiguration der technischen Architektur des Netzes und setzt eine demokratische Kultur des politischen Realraumes voraus.“²³

4.2 Politische Gemeinschaftsbildung und Selbstorganisation

Die schnellen und einfachen Kommunikationswege des Internet ermöglichen ein höheres Niveau politischer Mobilisierung als das bei herkömmlichen Medien der Fall ist; d. h., das Ausmaß, in dem Interessen von sozialen Gruppen überregional organisiert und gebündelt werden können, steigt. Darüber hinaus senkt das Internet im Vergleich zu den klassischen Medien wie Rundfunk und Fernsehen den für eine politische Kampagne erforderlichen Aufwand. Bei elektronischen Kampagnen entfallen viele, vor allem kostenintensive und administrative Arbeiten. Damit verändert das Internet das Verhalten marginaler Gruppen, die aus Mangel an formaler Selbstorganisation mittels herkömmlicher Kommunikationsmedien bisher kaum wirksame politische Aktivitäten entfalten konnten. So können im Internet kleinere Gruppen oder sogar Einzelpersonen nicht nur als verantwortliche Träger, sondern auch als effektiv Ausführende einer Aktion fungieren. Insbesondere Interessensgruppen mit stark räumlich verteilten Anhängern erhalten die Möglichkeit, eine Identität zu gewinnen, sich gegenseitig kennenzulernen, ihre Meinungen auszutauschen und ihre Aktivitäten zu koordinieren. Somit können diese Gruppen ein hohes Niveau an kollektiver Aktions- und vor allem rascher Reaktionsfähigkeit entfalten. Die Kehrseite dieser Möglichkeiten ist, daß Personen, die vorher als exotische Einzelgänger in der politischen Arena auftraten, eine gewisse kollektive Legitimation durch die Kommunikation im Netz erreichen, und dies jetzt als Exponenten einer organisierten Gruppe tun können.²⁴

Aufgrund des hohen Koordinations- und Mobilisierungspotentials kann das Internet zu einem höheren Integrationsniveau innerhalb und zwischen verschiedenen Teilgruppen beitragen. Dies hat zur Folge, daß die neuen Kommunikationstechnologien tendenziell zu einer verstärkten Präsenz der oppositionellen Gruppen im internationalen Medium Internet führen.²⁵

Konkrete Nutzungsformen der politischen Akteure im Netz sind neben der Kommunikation vor allem politische Mobilisierung, Kooperation mit anderen Gruppen, Öffentlichkeitsarbeit sowie Informationsbeschaffung. Für politisch motivierte Akteure stellt

23 Vgl. Rilling, Rainer: Auf dem Weg zur Cyberdemokratie, 7.12.96, Online im Internet: URL: <http://staff-www.uni-marburg.de/~rillingr/bdweb/texte/cyberdemokratie-text.html> [Stand: 22.8.97].

24 Vgl. Geser, Hans: Auf dem Weg zur „Cyberdemocracy“?, Auswirkungen der Computernetze auf die öffentlich politische Kommunikation, University of Zurich - Institute of Sociology, Juli 1996, Online im Internet: URL: <http://www.unizh.ch/~geserweb/komoeff/text.html#literatu> [Stand: 10.5.97].

25 Vgl. Leggewie, Claus: Netizens oder: der gut informierte Bürger heute, Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit?, a. a. O.

das Internet lediglich einen weiteren Weg für Austausch, Information und Organisation ihrer Aktivitäten dar. Es wird einerseits zum Kristallisationspunkt für die Neubildung politischer Gruppen, andererseits bedienen sich etablierte politische Organisationen dieses neuen Mediums.²⁶

4.3 Bürgerinformationssysteme

Elektronische Informationssysteme sollen nicht nur Arbeitsprozesse rationalisieren oder automatisieren, sondern auch eine bessere Information der Menschen in allen Lebensbereichen über ihre Umwelt bewirken.²⁷ Bürgerinformationssysteme wenden sich an die Menschen in ihrer Rolle als Bürger bzw. Mitglieder eines lokalen Gemeinwesens.²⁸ Dabei orientiert sich das Informationsangebot der Bürgerinformationssysteme an den verschiedenen Anliegenarten der Bürger, die diese an Administrative und Politik richten:²⁹

- ❑ *Leistungsanliegen, die sich auf die Erlangung von Leistungen beziehen;*
Orientierungs- und Wegweiserinformationen bieten einen Zugang zu den Leistungen der Verwaltung, beispielsweise zu Fragen wie „Bin ich wohngeldberechtigt oder nicht?“ oder „Wo kann ich meinen Führerschein beantragen?“.
- ❑ *Abwehranliegen, welche die Abwehr unzumutbarer Belastungen zum Ziel haben;*
Für Fragen wie „Was tue ich, wenn ich einen Strafzettel bekomme?“ benötigt der Bürger Informationen über Rechte und Pflichten.
- ❑ *Partizipationsanliegen, für die demokratische Mitwirkung im politischen Prozeß;*
Diese Art Anliegen hat nur der politisch aktive Bürger. Bei demokratischen Informationen handelt es sich um Informationen zu aktuellen politischen Themen und Entscheidungen, wie z. B. um einen lokalen Bebauungsplan.
- ❑ *Kontrollanliegen, die Einblicke in das politisch-administrative System ermöglichen;*
Strukturinformationen verschaffen einen Einblick in die Arbeitsweise der Verwaltung sowie die diese Arbeitsweise regelnden Gesetze und Verordnungen. Nur wenn sie bekannt sind, lassen sich politische Anliegen auch gegen die Verwaltung durchsetzen.
- ❑ *Informationsanliegen, die alltagsrelevante Sachverhalte anbelangen.*
Hier werden Alltags- und Fachinformationen bereitgestellt, beispielsweise zur momentanen Umweltbelastung oder zu den touristischen Attraktionen der Stadt.

26 Vgl. Wetzstein, Thomas A.; Dahm, Hermann u. a.: Datenreisende, Die Kultur der Computernetze, Opladen: Westdeutscher Verlag 1995, S. 136 und S. 127.

27 Vgl. Kubicek, Herbert: Bürgerinformationssysteme, Stand und Perspektiven im Rahmen multimedialer Stadtinformation, Telecommunications Research Group, University of Bremen, 31.7.96, Online im Internet: URL: <http://infosoc.informatik.uni-bremen.de/internet/fgtk/OnlineInfos/ifu/ifu.html> [Stand: 12.10.97].

28 Ein bemerkenswertes Beispiel der ausführlichen Bürgerinformation ist das Stadtinformationssystem von Karlsruhe (<http://www.karlsruhe.de>).

29 Vgl. Lenk, K. u. a.: Bürgerinformationssysteme, Verwaltungstransparenz und Partizipationschancen der Bürger, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1990, S. 31.

Voraussetzung dieser öffentlichen Informationssysteme ist, daß die Informationen allen Bürgern zugänglich sind und unentgeltlich abgerufen werden können. Dabei ermöglicht das WWW durch seine graphische Oberfläche einem breiten Publikum eine recht einfache Nutzung.³⁰

Inhaltlich kristallisieren sich bestimmte Themen als Standardangebote heraus: Veranstaltungen, Adressen von Behörden und kulturelle Einrichtungen, Stadt- und Fahrpläne, Historisches und Sehenswürdigkeiten sowie Wirtschaftsinformationen.³¹

Gegenüber gedrucktem Informationsmaterial weisen die elektronischen Informationsangebote wesentliche Vorteile auf: eine gezielte Suche in umfangreichen Informationsbeständen, höhere Anschaulichkeit, Verknüpfung verstreuter Informationen, leichtere Aktualisierbarkeit sowie Individualisierbarkeit der Informationen.

4.3 Freenets

Freenets werden als Experimente digitaler Bürgerinitiativen verstanden. Damit verbunden ist die Vorstellung, allen Einwohnern „einer Region den unentgeltlichen Zugang zu einem breiten lokalen und nationalen Informationsangebot zu ermöglichen, den diskursiven Austausch über lokale Themen zu fördern, lokale Ressourcen und Expertisen allgemein zugänglich zu machen sowie Gruppen und Individuen mit gleichen Interessen zusammenzuführen.“³² Die Betonung liegt auf der Kommunikation. Deshalb bieten die Freenets eine „echte Erweiterung demokratischer Deliberation [...], die einen unzensierten Meinungsaustausch ohne Rücksicht auf das *agenda setting* offizieller oder parteilicher Stellen erlauben.“³³ Es bestehen Initiativen privater oder halb-öffentlicher Träger, die themen- und milieuspezifische Diskussionen organisieren. Charakteristische Beispiele hierfür sind insbesondere das „Minnesota E-Democracy“-Projekt³⁴ – ein Beispiel für praktische Erfahrungen mit bürgerorientierter Demokratie – und die „Digitale Stadt Amsterdam“.³⁵

30 Vgl. Kubicek, Herbert: Bürgerinformationssysteme, Stand und Perspektiven im Rahmen multimedialer Stadtinformation, a. a. O.

31 Vgl. Kubicek, Herbert; Taube, Wolfgang: Auf dem Weg zu informativen Informationssystemen. Inhalte, Organisationen und Technik am Beispiel eines Stadtinformationssystems, Forschungsgruppe Universität Bremen, Online im Internet: URL: <http://infosoc.informatik.uni-bremen.de/internet/fgtk/OnlineInfos/Klagenfurt/Klag15.html> [Stand: 23.2.98].

32 Wagner, Heiderose; Kubicek, Herbert: Community Networks und der Information Highway, Von der Counterculture zum Mainstream [1], Forschungsgruppe Telekommunikation, Universität Bremen, 24.7.96, Online im Internet: URL: <http://infosoc.informatik.uni-bremen.de/internet/fgtk/OnlineInfos/ComNets/CNs.html> [Stand: 22.8.97].

33 Leggewie, Claus: Netizens oder: der gut informierte Bürger heute, Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit?, a. a. O.

34 Vgl. Minnesota E-Democracy, Online im Internet: URL: <http://www.e-democracy.org> sowie das damit verbundene Twin Cities Free-Net, Online im Internet: URL: <http://freenet.msp.mn.us/>.

35 Vgl. Digitale Stadt Amsterdam, Online im Internet: URL: <http://www.dds.nl>.

4.4 Bürgernahe Verwaltung

Über die reine Bürgerinformation hinaus wird mit einer bürgernahen Verwaltung angestrebt, Dienstleistungen per „Tele-Administration“ effizienter für die Bürger anzubieten. Damit soll eine Verbesserung des Serviceangebotes öffentlicher Verwaltungen erreicht werden. Denkbar ist die Vereinfachung verschiedener Verwaltungsakte wie Beantragung von Leistungen und das Ausfüllen, Absenden und Ausdrucken von Formularen, um dem Bürger den Weg auf die Ämter zu ersparen. Als Beispiel sei hier das Mannheimer Internet-Rathaus genannt, welches z. B. die Möglichkeit bietet, bei Wohnungswechsel die Ummeldung per Internet zu erledigen. Das entsprechende Formular liegt im WWW bereit, kann dort bearbeitet und dann direkt an die zuständige Stelle geleitet werden.³⁶

Bei diesen Transaktionen ist es sinnvoll, verschiedene Interaktionsniveaus zu unterscheiden. Die Verbreitung einer Dienstleistung ist relativ einfach umzusetzen. Die elektronische Inanspruchnahme dieser Dienstleistung ist jedoch wesentlich komplexer. Es bedarf jenseits der technischen Voraussetzungen auch neuer organisatorischer Regelungen – etwa in Hinsicht auf die Gewährleistung von Sicherheit und Datenschutz oder hinsichtlich der Schaffung neuer Zuständigkeiten der Ämter.³⁷

Inwieweit damit tatsächlich ein effizienteres Verwaltungssystem aufgebaut werden kann, und ob die Einsparung personalintensiver Routine-Dienste für den Aufbau spezieller bürgernaher Dienstleistungen genutzt wird, muß sich in Zukunft noch zeigen.

4.5 Interaktive Planungs- und Mediationsverfahren

Eine andere Chance, das Internet in den demokratischen Prozeß einzubinden, liegt darin, Gesetzgebungs- und Genehmigungsverfahren transparenter zu gestalten. Beispiele dafür sind der California Channel und ähnliche Experimente in den US-Staaten Washington und New York sowie das Thomas-Projekt der Library of Congress.³⁸ Sie ermöglichen dem Bürger, den aktuellen Stand legislativer Vorhaben auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene zu verfolgen, gegebenenfalls ihre Schwächen rechtzeitig offenzulegen und Alternativen zu entwickeln. Folglich müssen Regierungs- und Verwaltungsstellen z. B. computervermittelte Bürgereinsprüche bearbeiten und beantworten. Für konventionelles Regierungshandeln sind derartige digitale Bürger-Initiativen ein Alptraum. Auf der einen Seite können sie Verwaltungsakte in die Länge ziehen und Regierungshandeln verkomplizieren, auf der anderen Seite ist man sich jedoch bewußt, daß das übliche Verfahren, erst zu entscheiden und zu implementieren und sich dann ggfs. mit Einwänden und

36 Vgl. Mannheim International: Internet-Rathaus, Online im Internet: URL: <http://www.mannheim.de/internetrathaus/neu.html> [Stand: 12.10.97].

37 Vgl. Kubicek, Herbert: Bürgerinformationssysteme, Stand und Perspektiven im Rahmen multimedialer Stadtinformation, a. a. O.

38 Vgl. Leggewie, Claus: Netizens oder: der gut informierte Bürger heute, Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit?, a. a. O.

Protesten auseinanderzusetzen, ebensowenig Rationalität besitzt.³⁹ In Deutschland werden Planungs- und Mediationsverfahren zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht praktiziert.

4.6 Elektronische Wahlen

Das Internet eignet sich nicht nur als Mittel zur Meinungsbildung sondern auch als Instrument der Entscheidungsfindung. Technikgestützte Wahl- und Abstimmungsakte müssen jedoch gewisse Machbarkeitskriterien erfüllen und frei von grundsätzlichen Infrastrukturproblemen sein. Elektronische Verfahren für den staatsbürgerlichen Entscheidungsakt müssen zudem eine Reihe funktionaler Anforderungen erfüllen: Zum Beispiel muß die Wähleridentifikation sichergestellt werden in einem Kommunikationsnetz, das auf Anonymität angelegt ist bzw. zahlreiche Möglichkeiten der Verschleierung eröffnet; entscheiden dürfen nur diejenigen, die autorisiert sind, und jeder kann nur einmal pro Vorgang stimmen.⁴⁰

Technisch sind diese Verfahren prinzipiell machbar, realiter jedoch kaum zu bewältigen. Grundvoraussetzungen wie einfache Bedienung und gleicher Zugang müssen gewährleistet werden. Das heißt, daß – aufgrund des Gleichheitsgebots – allen Wahlberechtigten hierzu eine entsprechende, nicht diskriminierende Infrastruktur zur Teilnahme an solchen Verfahren zur Verfügung gestellt werden muß. Des weiteren erweist sich die rechtliche Verankerung des Internet als sehr diffizil.⁴¹ Der staatsbürgerliche Entscheidungsakt, der für rechtsstaatlich-demokratisch verfaßte Gesellschaften der zentrale legitimierende Akt ist, muß eindeutig und rechtlich geregelt sein. Aber gerade die spezifischen Eigenschaften des Internet wie z. B. die Möglichkeiten der Anonymität und Verschleierung erschweren es, elektronische Wahlen im Internet als neue Form der Wahlentscheidung einzusetzen. Generell kann das bisherige Wahlverfahren nicht durch die neue elektronische Form des Internet ersetzt, sondern lediglich fallweise als ergänzende Möglichkeit eingesetzt werden.

Es stellt sich auch die Frage, warum man den Bürgern den persönlichen Gang zur Wahlurne ersparen sollte. Das Zusammentreffen im Wahllokal macht erst den gemeinschaftsbezogenen Entscheidungsakt als solchen wahrnehmbar. Die Abstimmenden haben Gelegenheit, sich als Teil einer politisch handelnden Gesamtheit wahrzunehmen. Inwieweit elektronische Wahlen zu einer erhöhten Beteiligung beitragen und eine anspruchsvolle Entscheidungsfindung fördern, bleibt offen.

39 Vgl. Leggewie, Claus: Netizens oder: der gut informierte Bürger heute, Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit?, a. a. O.

40 Vgl. Burkert, Herbert, „Elektronische Demokratie“, Einige staats- und verfassungsrechtliche Anmerkungen, a. a. O.

41 Vgl. Burkert, Herbert, „Elektronische Demokratie“, Einige staats- und verfassungsrechtliche Anmerkungen, a. a. O.

5 Politische Akteure

5.1 Politische Netzöffentlichkeit

Betrachtet man das Internet unter dem Gesichtspunkt expliziter Politik im Netz, wird man feststellen, daß Politik im Internet nur eine periphere Rolle spielt.⁴² Eine Recherche im November 1996 in Deutschland bezüglich der Positionierung politischer Web-Seiten im Netz zeigt, daß die quantitative Präsenz der politischen Informationsangebote gegenüber den ökonomischen und zum Teil auch gegenüber den kulturellen wesentlich geringer ist, und daß die deutschen politischen Web-Seiten gegenüber amerikanischen politischen Seiten weitaus weniger frequentiert werden.⁴³

Die Untersuchung zeigt weiterhin, daß die qualitative Präsenz dominiert wird durch Angebote politischer Information und Propaganda bzw. des politischen Marketings; danach folgen Projekte zur Rationalisierung politischer Kommunikation im Sinne „bürgernaher Verwaltung“; und letztlich gibt es noch Angebote gesellschaftlicher Organisationen von Politik wie etwa „virtuelle Städte“, die auf Bottom-up-Meinungs- und Willensbildung zielen.⁴⁴

Das Wirkungsfeld der politischen Netzkommunikation prägen vor allem große Content-Provider,⁴⁵ gut situierte politische Unternehmer und schließlich aktive Bürger sowie marginalisierte politische Akteure, die sich die Kosten- und Verbreitungsvorteile des Netzes nischenpolitisch zunutze machen.⁴⁶

Aus dem breiten Spektrum der politischen Akteure lassen sich folgende Hauptgruppen extrahieren:

- Politische Administration*
- Politische Parteien*
- Sonstige politisch aktive Organisationen*
- Etablierte Medien im Internet*

5.2 Politische Administration

Inzwischen werden politische Informationen von den verschiedensten politischen Institutionen angeboten. Neben dem Bundespräsidenten, der Bundesregierung mit Bundeskanzleramt, Presse und Informationsdienst sowie den Mitgliedern der Bundesregierung

42 Vgl. Rilling, Rainer, Internet und Demokratie, a. a. O.

43 Vgl. Rilling, Rainer: Auf dem Weg zur Cyberdemokratie? Strukturwandel der Öffentlichkeit durch Neue Medien, Positionierung politischer Web-Sites im Verweisraum, Online im Internet: URL: <http://staff-www.uni-marburg.de/~rillinr/bdweb/texte/cyberdemokratie-tab1.htm> [Stand: 22.8.97].

44 Vgl. Rilling, Rainer: Auf dem Weg zur Cyberdemokratie, a. a. O.

45 Content-Provider sind Unternehmen, die Informationen aufbereiten und für Dritte bereithalten. Die Informationen sind dabei selbst Gegenstand der Leistung.

46 Vgl. Rilling, Rainer: Auf dem Weg zur Cyberdemokratie?, a. a. O.

ist auch der Bundestag mit Informationen und dem Pilotprojekt „Abgeordnete im Internet“ vertreten. Auch die Länderregierungen und zahlreiche Bundes- und Landesministerien präsentieren sich mit Informationsangeboten im Internet, ebenso wie verschiedene Bundesämter, Bundesanstalten und andere Bundeseinrichtungen. Aber auch auf kommunaler Ebene sind etliche Stadt- und Gemeindeverwaltungen über das Internet erreichbar.⁴⁷

Die Gründe, weshalb sich politische Administration im WWW präsentiert, sind vielseitig. Neben der Imagepflege erfüllt das Engagement auch im Sinne der politischen Bildung seinen Zweck. Mit zunehmender Anzahl der Internetanschlüsse kann auch in Deutschland das Netz immer stärker als Instrument in der politischen Bildung eingesetzt werden.⁴⁸

Die bestehenden Angebote der Informationssysteme seitens der politischen Administration konzentrieren sich zumeist auf Aspekte der Selbstdarstellung. Sie sind in der Mehrzahl relativ gut strukturiert, doch beschränken sie sich bisher überwiegend auf „digitale Hochglanzbroschüren“. Fremdsprachige Informationen werden bisher nur vereinzelt angeboten. Positiv zu werten sind allerdings die zum Teil vorhandenen Möglichkeiten, Informationsmaterial zu bestellen oder von den jeweiligen Pressestellen veröffentlichte Nachrichten einzusehen. Insgesamt entsteht der Eindruck, daß das WWW eher als Werbe- und Distributionsmedium und weniger als Informations- und Kommunikationsmedium verstanden wird.⁴⁹

5.3 Politische Parteien

Alle aktiven Parteien verfügen über eine eigene Präsenz in dem neuen Medium Internet. Im folgenden wird deren Nutzung des Internet übergreifend strukturiert.⁵⁰ Was die Parteien online anbieten und welche Vorteile das neue Medium gegenüber herkömmlichen Medien bietet, läßt sich in sieben verschiedenen Arten von Web-Seiten gruppieren.⁵¹

47 Eine Gesamtübersicht über die politischen Informationsangebote in Deutschland stellt die Friedrich Ebert Stiftung zusammen: Online im Internet: URL: <http://www.fes.de/kommunikation/deutsch/dok1.html> [Stand: 26.09.97].

48 Vgl. Politische Bildung im Internet, Friedrich Ebert Stiftung, Online im Internet: URL: <http://www.fes.de/kommunikation/deutsch/thema2.html> [Stand: 12.10.97].

49 Vgl. Hecht, Ralf: Computervermittelte Kommunikation als demokratische Infrastruktur? Politische Information und Interaktion im Vergleich von Fernsehen und Internet (mit Schwerpunkt World Wide Web) in Deutschland, Politische Angebote – Mittel zur Schaffung von Transparenz und Einfluß (Kapitel 10), Politische Institutionen (Kapitel 10.1), Online im Internet: URL: <http://www.fb03.uni-marburg.de/~hecht/cmc/10.html> [Stand: 2.10.97].

50 Eine interessante Veröffentlichung findet man an der Universität Bremen am Lehrgebiet „Informatik und Gesellschaft“. Es handelt sich hierbei um eine Untersuchung zum Thema „Nutzung der Neuen Medien für die Öffentlichkeitsarbeit von Parteien in der BRD“, Online im Internet: URL: <http://selab24.informatik.uni-bremen.de/Lehre/Politik> [Stand: 22.02.98].

51 Vgl. o. V.: Parteien im Internet, Friedrich Ebert Stiftung, Online im Internet: URL: <http://www.fes.de/kommunikation/deutsch/thema1.html> [Stand: 10.10.97]; Kombinationen der einzelnen Dokumentarten werden durchaus praktiziert.

1. *Text-Dokumente*: Die Mehrzahl der Internetseiten sind als Text verfaßt, multimediale Möglichkeiten werden hier nicht genutzt.
2. *Leit-Dokumente*: Meist ist eine Vielzahl von Leit-Dokumenten notwendig, um die Navigation stark ausdetaillierter Web Sites zu erleichtern.
3. *Biographie-Dokumente*: Portraits „wichtiger“ Parteimitglieder werden präsentiert.
4. *Informations-Dokumente*: Aufgrund der Aktualität des Mediums haben diese Dokumente eine besondere Bedeutung. Dort können z. B. Termine und Adressen schnell auf den neuesten Stand gebracht und verbreitet werden.
5. *Kommunikations-Dokumente*: Diese sollen die Kommunikation zwischen Parteiorganisationen und dem Bürger fördern. Die Interaktivität vergrößert den Handlungsspielraum der politisch Interessierten, erfordert aber auch eine deutlich größere Aktivität der Politiker.
6. *Link-Dokumente*: Solche Dokumente unterstützen die Vernetzung verschiedener Informationsangebote untereinander.⁵²
7. *Werbe-Dokumente*: Diese Dokumente dienen einerseits der Mitgliederwerbung, andererseits hat sich eine Art Merchandising entwickelt. So wie auf Parteiveranstaltungen Kugelschreiber und Sonnenschirme mit Parteilogo gefragt sind, werden hier analog elektronische Werbematerialien zur Verfügung gestellt.

Auffallend ist, daß das interaktive Potential dieses Mediums von den Parteien noch sehr stark vernachlässigt wird. So sehr das neue Medium zur Vermittlung von Politik von den Parteien begrüßt wird, so wird es als Möglichkeit der Politikpartizipation von Bürgern eher kritisch betrachtet. Willkommen ist das Internet als Meinungsumfrageinstrument zu Sach- und Parteithemen. Eher ablehnend verhalten sich die Parteien gegenüber der Möglichkeit, daß sich jeder Bürger im Prinzip unmittelbar an der politischen Willensbildung beteiligen kann.⁵³

Fazit bisheriger Betrachtungen der Nutzung des Internet durch politische Parteien ist: Erst eine intensive und breite Nutzung der Informations- und Interaktionsmöglichkeiten des Internet wird die Potentiale dieses Politik-Instruments konsequent ausschöpfen; diese Nutzung ist bei weitem noch nicht gegeben.

5.4 Sonstige politisch aktive Organisationen

Neben der politischen Administration und den Parteien leisten weitere Organisationen in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen politische Arbeit. Hier sind vor allem Gewerkschaften, Kammern, Verbände, Vereine etc. zu nennen.⁵⁴ Diese Organisationen

52 Auf die Web-Seiten der politischen Gegner wird – bis auf wenige Ausnahmen – nicht verwiesen.

53 Vgl. Nutzung der Neuen Medien für die Öffentlichkeitsarbeit von Parteien in der BRD, Online im Internet: URL: <http://selab24.informatik.uni-bremen.de/Lehre/Politik/341.htm> [Stand: 22.02.98].

54 Eine Liste der im Internet vertretenen Organisationen liegt vor bei o. V.: Politische Informationsangebote/Organisationen, Friedrich Ebert Stiftung, Online im Internet: URL: <http://www.fes.de/kommunikation/deutsch/orga.html> [Stand: 12.10.97].

sind unterschiedlich strukturiert und richten ihre Angebote an abgegrenzte Zielgruppen. Im folgenden werden die für solche Organisationen allgemein wichtigen und im Zusammenhang mit computervermittelter Kommunikation relevanten Aspekte zusammengefaßt:⁵⁵

- ❑ *Öffentlichkeitsarbeit*: Hierbei können ganz unterschiedliche Ziele verfolgt werden. Manche Organisationen beabsichtigen, ihren Bekanntheitsgrad in der Öffentlichkeit zu steigern, andere konzentrieren sich darauf, Mitglieder zu werben oder Spenden zu sammeln. Wiederum andere informieren über ihre Ziele und ihre Arbeitsweise und versuchen vorwiegend, Hintergrundinformationen zu vermitteln.
- ❑ *Kontakt*: Besonders wichtig für kleinere, regionale und „Spartenorganisationen“ ist der Kontakt zu anderen Organisationen, die sich mit denselben Problemen oder ähnlichen Zielen beschäftigen sowie der Informationsaustausch zwischen diesen Organisationen.
- ❑ *Arbeitseffizienz*: Besonders kleine Organisationen, die nicht in der Lage sind, allein umfassende Web-Angebote aufzubauen, schließen sich zu „informellen Netzwerken“ zusammen, um so effizienter arbeiten zu können.

Die Analyse der verschiedenen Angebote im WWW führt zu drei grundsätzliche Aussagen:

1. Große Organisationen wie z. B. Greenpeace oder der ADAC sind zumeist mit umfangreichen Angeboten vertreten. Da die großen Organisationen über die nötigen finanziellen Mittel verfügen, können sie in relativ kurzer Zeit größere Angebote aufstellen.
2. In den meisten Fällen wird das WWW vornehmlich zur Präsentation der Organisation und zur Bereitstellung von allgemeinen Informationen genutzt; die Öffentlichkeitsarbeit steht somit im Vordergrund.
3. Es finden sich bisher kaum interaktive Elemente in den WWW-Angeboten. Ebenso fehlt überwiegend eine Vernetzung der Organisationen untereinander. Die hypermediale Verknüpfung von verteilten Angeboten wird kaum genutzt.

5.5 Etablierte Medien im Internet

Wie bereits in Kapitel 3.2 dargestellt, übernehmen Medien eine bedeutende Rolle im politischen Prozeß. Ebenso kann das Internet als politisches Instrument eingesetzt werden. Im folgenden wird kurz dargestellt, ob und wie die etablierten, konventionellen Medi-

⁵⁵ Vgl. Hecht, Ralf: Computervermittelte Kommunikation als demokratische Infrastruktur? Politische Information und Interaktion im Vergleich von Fernsehen und Internet (mit Schwerpunkt World Wide Web) in Deutschland, Politische Angebote – Mittel zur Schaffung von Transparenz und Einfluß (Kapitel 10), Unabhängige Organisationen (NGOs) (Kapitel 10.2), Online im Internet: URL: <http://www.fb03.uni-marburg.de/~hecht/cmc/10-2.html> [Stand: 7.10.97].

en⁵⁶ – Zeitungen, Zeitschriften, Hörfunk und Fernsehen – das Internet nutzen, um ihre Angebote zu erweitern und dabei politische Kommunikation zu fördern. Die getroffenen Feststellungen müssen sich hier auf allgemeingültige Aussagen beschränken; eine detaillierte Dokumentation der einzelnen Angebote kann wegen ihres Umfangs an dieser Stelle nicht erfolgen.

Da noch kein allgemeiner Konsens darüber besteht, wie die Angebote gewinnbringend vermarktet werden können, unterscheiden sie sich sowohl hinsichtlich Umfang und Inhalt sowie in den zur Verfügung gestellten Funktionen sehr stark. Bisher stellen die Angebote noch überwiegend textbasierte Informationsvermittlung dar. Es wird versucht, das Internet-Angebot vom Aussehen und von Inhalten her in das jeweilige Konzept des Verlages bzw. des Senders zu integrieren. Dabei haben die Angebote aus dem ursprünglichen Printmedienbereich gegenüber den Angeboten ursprünglich audiovisueller Medien wesentliche Vorteile, da bei der Umsetzung und Übermittlung weitaus geringere technische Schwierigkeiten auftreten.⁵⁷

Die Bestrebungen der Printmedien richten sich dahin, durch Zusatzfunktionen ihre Attraktivität zu steigern, und mit einem umfangreichen Online-Angebot neue Interessenten für das eigene Print-Produkt zu gewinnen. Die Angebote der Hörfunk- und Fernsehanstalten in Deutschland dagegen beschränken sich bislang auf Hörer- bzw. Zuschauerbindung. Neben peripheren Hintergrundinformationen wie Bildern und Kurzbiographien von Moderatoren werden aber auch Programmhinweise, zusätzliche Informationen zu Sendungen und deren Themen bereitgestellt. Nur vereinzelt gibt es Pilotprojekte in den Bereichen „Live Radio im Internet“, „Radio on Demand“ und „Video on Demand“; einige Sender der ARD arbeiten daran.⁵⁸ Zusammenfassend läßt sich feststellen,⁵⁹ daß

- die Angebote vorwiegend der Imageförderung dienen;
- die Informationen stark selbstreferentiell geprägt sind;
- das Hauptaugenmerk nicht auf inhaltliche Ausarbeitungen, sondern auf attraktive Gestaltung der Angebote zielt;
- kommunikative Elemente kaum eine Rolle spielen;
- die potentielle Stärke des Internet für die Kommunikation – die Netzstruktur, die ohne Zentrum auskommt – nicht genutzt wird;
- die Vermittlung politisch relevanter Information kaum stattfindet.

56 Eine Übersicht der im Internet vertretenen Medien findet sich bei: o. V.: Politische Informationsangebote/Medien, Friedrich Ebert Stiftung, Online im Internet: URL: <http://www.fes.de/kommunikation/deutsch/medien> [Stand: 12.10.97].

57 Vgl. Hecht, Ralf: Computervermittelte Kommunikation als demokratische Infrastruktur? Politische Information und Interaktion im Vergleich von Fernsehen und Internet (mit Schwerpunkt World Wide Web) in Deutschland, Politische Angebote – Mittel zur Schaffung von Transparenz und Einfluß (Kapitel 10), Die Angebote etablierter Medien im Internet (Kapitel 10.3), Online im Internet: URL: <http://www.fb03.uni-marburg.de/~hecht/cmc/10-3.html> [Stand: 7.10.97].

58 Vgl. Hecht, Ralf: Computervermittelte Kommunikation als demokratische Infrastruktur?, Die Angebote etablierter Medien im Internet (Kapitel 10.3), a. a. O.

59 Vgl. Hecht, Ralf: Computervermittelte Kommunikation als demokratische Infrastruktur?, Die Angebote etablierter Medien im Internet (Kapitel 10.3), a. a. O.

6 Die deutsche Debatte um politische Potentiale des Internet

Die aktuelle politische Diskussion um die Zukunft der Informationsgesellschaft, insbesondere eine differenzierte Auseinandersetzung über politische Implikationen des Internet, ist in der Bundesrepublik Deutschland kaum wahrzunehmen; vielmehr beschränken sich die Betrachtungen auf wirtschaftliche, rechtliche und technologische Aspekte.⁶⁰

Eine Analyse zahlreicher Konzept-, Strategie-, Planungs- und Programmpapiere, die seit 1993/94 von der Bundesregierung oder verschiedenen europäischen Einrichtungen publiziert werden, zeigt, daß die Thematisierung demokratiepolitischer Potentiale in Deutschland äußerst karg, argumentativ recht standardisiert und inhaltlich reserviert ist. Mögliche Transformationen des politischen Systems durch die Entwicklung des Internet werden entweder

- ❑ nicht thematisiert,
- ❑ in ein politisches Problem der Verwaltungsrationalisierung verwandelt oder als
- ❑ Bedrohung des parlamentarischen Modus indirekter Demokratie wahrgenommen.⁶¹

Weiterhin werden in Deutschland Pilotprojekte, denen im Sinne von Experimenten und Lernprozessen eine große Bedeutung beigemessen wird, als technikzentrierte Prestigeobjekte behandelt.⁶² Anstatt viele Projekte für eine möglichst breite Erfahrungsgewinnung durch Anwender- und Nutzergruppen zu nutzen und somit einen soziokulturellen Resonanzboden für die Politik zu schaffen, wird in Deutschland und auf der Ebene der Europäischen Union auf einige größere Projekte unter der Federführung von Konsortien der Telekom- und medien- sowie informationstechnischer Industrie gesetzt.⁶³

Es wird deutlich, daß die deutsche Debatte um politische Implikationen des Internet anders geführt werden müßte, um den Weg zu den politischen Potentialen zu ebnen. Die „neuen interaktiven Medien werden mit großer Macht und Geschwindigkeit auch die Politik selbst erobern. Sie verändern rapide die bisherige Art der Politikvermittlung, der politischen Kommunikation und Willensbildung. Es liegt aber an der Politik, sprich den politischen Akteuren selbst, ob sie sich das neue Medium oktroyieren lassen oder ob sie die hier liegenden Chancen zur Intensivierung von Partizipation und zur Festigung der Demokratie aufgreifen.“⁶⁴

60 Vgl. Tauss, Jörg; Kollbeck, Johannes; Mönikes, Jan: Wege in die Informationsgesellschaft, a. a. O., S. 31.

61 Vgl. Rilling, Rainer: Auf dem Weg zur Cyberdemokratie, a. a. O.

62 Eine ausführliche Analyse verschiedener Projekte zeigt: Hecht, Ralf: Computervermittelte Kommunikation als demokratische Infrastruktur? Politische Information und Interaktion im Vergleich von Fernsehen und Internet (mit Schwerpunkt World Wide Web) in Deutschland, Politische Angebote – Mittel zur Schaffung von Transparenz und Einfluß (Kapitel 10), Projekte (Kapitel 10.4), Online im Internet: URL: <http://www.fb03.uni-marburg.de/~hecht/cmc/10-4.html> [Stand: 7.10.97].

63 Vgl. Kubicek, Herbert: Allgemeiner Zugang und informationelle Grundversorgung in der Informationsgesellschaft, a. a. O., S.178-179.

64 Vgl. Stegger, Manfred: Partizipation und Demokratie im Cyberland, in: Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, Herausforderungen und Perspektiven für Wirtschaft, Wissenschaft, Recht und

Die Zukunft der Demokratie hängt nicht nur von der Verfügbarkeit neuer Medien ab, sondern von den Faktoren, die deren Nutzung bestimmen. Neue Massenmedien institutionalisieren sich in einem langen Prozeß. Die politische Aufgabe liegt nicht darin, diesen Prozeß zu früh auf ein bestimmtes Ziel auszurichten, sondern ihn gerade in seiner frühen Phase möglichst breit und vielfältig anzulegen. Mehr Technologie bedeutet nicht automatisch mehr Demokratie. Im Gegenteil: Es ist gefährlich, das Internet als Allheilmittel anzupreisen, um etwa die extrem niedrige Wahlbeteiligung zu steigern. Der Erfolg hängt hier im Wesentlichen von der Bereitschaft der Menschen ab, die einschneidenden Veränderungen aktiv mitzutragen und mitzugestalten. Dazu müssen aber Vertrauen und Akzeptanz im Umgang mit dem neuen Medium vermittelt werden, was bei den derzeitigen Trends in Deutschland nicht gerade der Fall ist. Ungebremstes Wachstum, einsetzende Kommerzialisierung und verstärkter Regulierungsdruck wirken auf den Charakter und die Struktur des Netzes. Viel zu oft wird „technik- und ökonomiezentriert diskutiert, Zukunftsperspektiven werden nicht in politischen und gesellschaftlichen Kategorien, sondern in Bits und Bytes, in D-Mark und Dollars buchstabiert“⁶⁵.

Eine Betrachtung der bisherigen Entwicklungen in Deutschland läßt sich dahingehend zusammenfassen, daß das Bewußtsein der politischen Verantwortlichen für die Dimension der mit dem Internet einhergehenden Umwälzungen nicht nennenswert vertieft wurde. „Eine demokratische und soziale Informationsgesellschaft wird dann nicht entstehen, wenn Politik ihre Mission allein darin sehen sollten, den Marktkräften durch Deregulierung freie Bahn zu verschaffen. Es bedarf im Gegenteil der gezielten politischen Intervention, um der technischen und ökonomischen Entwicklung humanen Fortschritt abzurufen.“⁶⁶

Politik, Hrsg.: Tauss, Jörg; Kollbeck, Johannes; Mönikes, Jan, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 799.

65 Van Haaren, Kurt: Leitbilder einer sozialen Informationsgesellschaft, in: Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, Herausforderungen und Perspektiven für Wirtschaft, Wissenschaft, Recht und Politik, Hrsg.: Tauss, Jörg; Kollbeck, Johannes; Mönikes, Jan, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 919.

66 Van Haaren, Kurt: Leitbilder einer sozialen Informationsgesellschaft, in: Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, Herausforderungen und Perspektiven für Wirtschaft, Wissenschaft, Recht und Politik, Hrsg.: Tauss, Jörg; Kollbeck, Johannes; Mönikes, Jan, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 929.

Literaturverzeichnis

- Armstroff, Thorsten; Peikser, Stefan; Schmudlach, Stefan Kai: Nutzung der Neuen Medien für die Öffentlichkeitsarbeit von Parteien in der BRD, Online im Internet: URL: <http://selab24.informatik.uni-bremen.de/Lehre/Politik/341.htm> [Stand: 22.2.98].
- Bericht einer interdepartementalen Arbeitsgruppe: Internet – Neues Medium – neue Fragen ans Recht, Internet Library Zürich, Online im Internet: URL: <http://virtual.ch/service/recht/schweiz/bfj-internet.htm> [Stand: 23.2.98].
- Bonchek, Mark S: From Broadcast to Netcast, The Internet and the flow of political information, Political Participation, Online im Internet: URL: <http://institute.strategosnet.com/msb/thesis/> [Stand: 21.2.98].
- Bulmahn, Edelgard, van Haaren Kurt u. a. (Hrsg.): Informationsgesellschaft - Medien - Demokratie, Kritik - Positionen - Visionen, Marburg: BdWi-Verlag 1996.
- Bundeszentrale für politische Bildung: Information zur politischen Bildung – Massenmedien, Band 208/209, Bonn: 1990.
- Bundeszentrale zur politischen Bildung: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/97, Bonn 1997.
- Burkert, Herbert, „Elektronische Demokratie“, Einige staats- und verfassungsrechtliche Anmerkungen, Antrittsvorlesung, Universität St. Gallen, 21.1.97, Online im Internet: URL: <http://www.gmd.de/People/Herbert.Burkert/ED.html> [Stand: 22.2.98].
- Digitale Stadt Amsterdam, Online im Internet: URL: <http://www.dds.nl>.
- Geser, Hans: Auf dem Weg zur „Cyberdemocracy“?, Auswirkungen der Computernetze auf die öffentliche politische Kommunikation, University of Zurich - Institute of Sociology, Juli 1996, Online im Internet: URL: <http://www.unizh.ch/~geserweb/komoef/ftext.html> [Stand: 21.2.98].
- Habermas, Jürgen: Aufgeklärte Ratlosigkeit, Warum die Politik ohne Perspektiven ist, in: Frankfurter Rundschau, 30.12.95.
- Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit, Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Unveränd. Nachdr., 5. Aufl., Frankfurt am Main: Suhrkamp 1996.
- Handelsblatt: Informationstechnologie, Wirtschaft begrüßt Regelwerk zur digitalen Signatur – Verbraucherschützer sehen Nachholbedarf, Das neue Multimediagesetz hat einen schweren Geburtsfehler, 1.8.97.
- Hecht, Ralf: Computervermittelte Kommunikation als demokratische Infrastruktur? Politische Information und Interaktion im Vergleich von Fernsehen und Internet (mit Schwerpunkt World Wide Web) in Deutschland, Online im Internet: URL: <http://www.fb03.uni-marburg.de/~hecht/cmc/> [Stand: 22.2.98].
- Hoffmann, Riem, Wolfgang: Aufgaben zukünftiger Medienregulierung, in: Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, Herausforderungen und Perspektiven für Wirtschaft, Wissenschaft, Recht und Politik, Hrsg.: Tauss, Jörg; Kollbeck, Johannes; Mönikes, Jan, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 568-583.
- Kubicek, Herbert: Allgemeiner Zugang und informationelle Grundversorgung in der Informationsgesellschaft, in: Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, Herausforderungen und Perspektiven für Wirtschaft, Wissenschaft, Recht und Politik, Hrsg.: Tauss, Jörg; Kollbeck, Johannes; Mönikes, Jan, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1996, S. 156-182.
- Kubicek, Herbert: Bürgerinformationssysteme, Stand und Perspektiven im Rahmen multimedialer Stadtinformation, Telecommunications Research Group, University of Bremen, 31.7.96, Online im Internet: URL: <http://infosoc.informatik.uni-bremen.de/internet/fgtk/OnlineInfos/Difu/Difu.html> [Stand: 22.2.98].
- Kubicek, Herbert: Demokratie im Netz – Vernetzte Demokratie?, 7.2.97, Online im Internet: URL: <http://www.heiese.de/tp/deutsch/special/pol/8002/2.htm> [Stand: 17.12.97].

- Kubicek, Herbert: Ich bin sehr skeptisch, was die Umsetzung einer wie auch immer demokratisch gebildeten Politik anbelangt, Online im Internet: URL: <http://www.heise.de/tp/deutsch/special/pol/8003/> [Stand: 23.2.98].
- Kubicek, Herbert; Taube, Wolfgang: Auf dem Weg zu informativen Informationssystemen. Inhalte, Organisationen und Technik am Beispiel eines Stadtinformationssystems, Forschungsgruppe Universität Bremen, Online im Internet: URL: <http://infosoc.informatik.uni-bremen.de/internet/fgtk/OnlineInfos/Klagenfurt/Klag15.html> [Stand: 23.2.98].
- Leggewie, Claus: Netizens oder: der gut informierte Bürger heute, Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit?, Macht Information, Internationale Konferenz über die Werte der Informationsgesellschaft, 9.9.96, Online im Internet: URL: <http://www.iid.de/macht/beitraege/leggewie.htm> [Stand: 22.2.98].
- Lenk, Klaus: Bürgerinformationssysteme, Verwaltungstransparenz und Partizipationschancen der Bürger, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1990.
- Ludes, Peter; Werner, Andreas: Multimedia-Kommunikation, Theorien, Trends und Praxis, Opladen: Westdeutscher Verlag 1997.
- Mannheim International: Internet-Rathaus, Online im Internet: URL: <http://www.mannheim.de/internet-rathaus/neu.html> [Stand: 12.10.97].
- Minnesota E-Democracy, Online im Internet: URL: <http://www.e-democracy.org> sowie das damit verbundene Twin Cities Free-Net, Online im Internet: URL: <http://freenet.msp.mn.us/>.
- Minzel, Alf; Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1990.
- o.V.: Politische Informationsangebote/Organisationen, Friedrich Ebert Stiftung, Online im Internet: URL: <http://www.fes.de/kommunikation/deutsch/orga.html> [Stand: 23.2.98].
- o.V.: Parteien im Internet, Friedrich Ebert Stiftung, Online im Internet: URL: <http://www.fes.de/kommunikation/deutsch/thema1.html> [Stand: 23.2.98].
- o.V.: Politische Informationsangebote/Medien, Friedrich Ebert Stiftung, Online im Internet: URL: <http://www.fes.de/kommunikation/deutsch/medien> [Stand: 23.2.98].
- Paetau, Michael: Kommunikationsweise und sozialer Raum, Zum Wandel der Sozialität in der Informationsgesellschaft, in: Informationsgesellschaft - Medien - Demokratie, Kritik - Positionen - Visionen, Hrsg.: Bulmahn, Edelgard, van Haaren Kurt u. a. , Marburg: BdWi-Verlag 1996, S.168-173.
- Politische Bildung im Internet, Friedrich Ebert Stiftung, Online im Internet: URL: <http://www.fes.de/kommunikation/deutsch/thema2.html> [Stand: 23.2.98].
- Pordesch, Ulrich und Roßnagel, Alexander: Offene Kommunikation, Internet – Sicherheit – Virtuelle Welten, 1.7.97, Online im Internet: URL: <http://www.hintergrund.com/m079701.htm> [Stand: 25.2.98].
- Prof. Dr. Holznapel, LL. M. und Prof. Dr. Kubicek, Thesen zum Internet und neue Staatsaufgaben, Rechtspolitischer Kongreß der Friedrich Ebert Stiftung, 19.4.1997, Online im Internet: URL: <http://www-fes.gmd.de/kommunikation/recht/online/presse/kubi.htm> [Stand: 21.2.98].
- Rilling, Rainer: Auf dem Weg zur Cyberdemokratie, 7.12.96, Online im Internet: URL: <http://staff-www.uni-marburg.de/~rillingr/bdweb/texte/cyberdemokratie-text.html> [Stand: 22.8.97].
- Rilling, Rainer: Auf dem Weg zur Cyberdemokratie? Strukturwandel der Öffentlichkeit durch Neue Medien, Positionierung politischer Web-Sites im Verweisraum, Online im Internet: URL: <http://staff-www.uni-marburg.de/~rillingr/bdweb/texte/cyberdemokratie-tab1.htm> [Stand: 22.8.97].
- Rilling, Rainer: Internet und Demokratie, 26.2.97, Online im Internet: URL: <http://staff-www.uni-marburg.de/~rillingr/bdweb/texte/iudfrH.htm> [Stand: 22.2.98].
- Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.): Politikvermittlung, Beiträge zur politischen Kommunikationskultur, Bonn 1987.
- Sarcinelli, Ulrich: Politikvermittlung und demokratische Kommunikationskultur, in: Politikvermittlung, Beiträge zur politischen Kommunikationskultur, Hrsg.: Sarcinelli, Ulrich, Bonn 1987, S. 19.

- Schulz, Winfried: Neue Medien – Chancen und Risiken, Tendenzen der Medienentwicklung und ihre Folgen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/97, Hrsg.: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1997, S. 3-12.
- Stegger, Manfred: Partizipation und Demokratie im Cyberland, in: Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, Herausforderungen und Perspektiven für Wirtschaft, Wissenschaft, Recht und Politik, Hrsg.: Tauss, Jörg; Kollbeck, Johannes; Mönikes, Jan, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 785-799.
- Tauss, Jörg; Kollbeck, Johannes; Mönikes, Jan (Hrsg.): Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, Herausforderungen und Perspektiven für Wirtschaft, Wissenschaft, Recht und Politik, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1996.
- Tauss, Jörg; Kollbeck, Johannes; Mönikes, Jan: Wege in die Informationsgesellschaft, in: Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, Herausforderungen und Perspektiven für Wirtschaft, Wissenschaft, Recht und Politik, Hrsg.: Tauss, Jörg; Kollbeck, Johannes; Mönikes, Jan, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1996, S. 14-80.
- Van Haaren, Kurt: Leitbilder einer sozialen Informationsgesellschaft, in: Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, Herausforderungen und Perspektiven für Wirtschaft, Wissenschaft, Recht und Politik, Hrsg.: Tauss, Jörg; Kollbeck, Johannes; Mönikes, Jan, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 919-929.
- von Alemann, Ulrich: Parteien und Gesellschaft in der Bundesrepublik, in: Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Hrsg.: Minzel, Alf; Oberreuter, Heinrich, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1990.
- Wagner, Heiderose; Kubicek, Herbert: Community Networks und der Information Highway, Von der Counterculture zum Mainstream [1], Forschungsgruppe Telekommunikation, Universität Bremen, 24.7.96, Online im Internet: URL: <http://infosoc.informatik.uni-bremen.de/internet/fgtk/OnlineInfos/ComNets/CNs.html> [Stand: 22.8.97].
- Weischenberg, Siegfried: Forum oder Zirkus, Politische Kommunikation und Journalismus in der Informationsgesellschaft, in: Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft, Herausforderungen und Perspektiven für Wirtschaft, Wissenschaft, Recht und Politik, Hrsg.: Tauss, Jörg; Kollbeck, Johannes; Mönikes, Jan, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1996, S. 764-784.
- Wetzstein, Thomas A.; Dahm, Hermann u. a.: Datenreisende, Die Kultur der Computernetze, Opladen: Westdeutscher Verlag 1995.
- Zittel, Thomas: Über die Demokratie in der vernetzten Gesellschaft, Das Internet als Medium politischer Kommunikation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/97, Hrsg.: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1997, S. 23-29.

Bisher erschienen

Stand: Dezember 2000 – Den aktuellen Stand der Reihe erfahren
Sie über unsere Web Site unter <http://wi.uni-giessen.de>

Nr. 1/1996	Grundlagen des Client/Server-Konzepts.....	Schwicker/Grimbs
Nr. 2/1996	Wettbewerbs- und Organisationsrelevanz des Client/Server-Konzepts.....	Schwicker/Grimbs
Nr. 3/1996	Realisierungsaspekte des Client/Server-Konzepts	Schwicker/Grimbs
Nr. 4/1996	Der Geschäftsprozeß als formaler Prozeß - Definition, Eigenschaften, Arten	Schwicker/Fischer
Nr. 5/1996	Manuelle und elektronische Vorgangsteuerung.....	Schwicker/Rey
Nr. 6/1996	Das Internet im Unternehmen - Neue Chancen und Risiken	Schwicker/Ramp
Nr. 7/1996	HTML und Java im World Wide Web.....	Gröning/Schwicker
Nr. 8/1996	Electronic-Payment-Systeme im Internet.....	Schwicker/Franke
Nr. 9/1996	Von der Prozeßorientierung zum Workflow-Management - Teil 1: Grundgedanken, Kernelemente, Kritik	Maurer
Nr. 10/1996	Von der Prozeßorientierung zum Workflow- Management - Teil 2: Prozeßmanagement und Workflow	Maurer
Nr. 11/1996	Informationelle Unhygiene im Internet.....	Schwicker/Dietrich/Klein
Nr. 12/1996	Towards the theory of Virtual Organisations: A description of their formation and figure.....	Appel/Behr
Nr. 1/1997	Der Wandel von der DV-Abteilung zum IT-Profitcenter: Mehr als eine Umorganisation.....	Kargl
Nr. 2/1997	Der Online-Markt - Abgrenzung, Bestandteile, Kenngrößen	Schwicker/Pörtner
Nr. 3/1997	Netzwerkmanagement, OSI Framework und Internet SNMP	Klein/Schwicker
Nr. 4/1997	Künstliche Neuronale Netze - Einordnung, Klassifikation und Abgrenzung aus betriebswirtschaftlicher Sicht	Strecker/Schwicker
Nr. 5/1997	Sachzielintegration bei Prozeßgestaltungsmaßnahmen.....	Delnef
Nr. 6/1997	HTML, Java, ActiveX - Strukturen und Zusammenhänge.....	Schwicker/Dandl
Nr. 7/1997	Lotus Notes als Plattform für die Informationsversorgung von Beratungsunternehmen.....	Appel/Schwaab
Nr. 8/1997	Web Site Engineering - Modelltheoretische und methodische Erfahrungen aus der Praxis	Schwicker
Nr. 9/1997	Kritische Anmerkungen zur Prozeßorientierung	Maurer/Schwicker
Nr. 10/1997	Künstliche Neuronale Netze - Aufbau und Funktionsweise	Strecker
Nr. 11/1997	Workflow-Management-Systeme in virtuellen Unternehmen	Maurer/Schramke
Nr. 12/1997	CORBA-basierte Workflow-Architekturen - Die objektorientierte Kernanwendung der Bausparkasse Mainz AG	Maurer
Nr. 1/1998	Ökonomische Analyse Elektronischer Märkte.....	Steyer
Nr. 2/1998	Demokratiopolitische Potentiale des Internet in Deutschland	Muzic/Schwicker
Nr. 3/1998	Geschäftsprozeß- und Funktionsorientierung - Ein Vergleich (Teil 1)	Delnef
Nr. 4/1998	Geschäftsprozeß- und Funktionsorientierung - Ein Vergleich (Teil 2)	Delnef
Nr. 5/1998	Betriebswirtschaftlich-organisatorische Aspekte der Telearbeit	Polak
Nr. 6/1998	Das Controlling des Outsourcings von IV-Leistungen	Jäger-Goy
Nr. 7/1998	Eine kritische Beurteilung des Outsourcings von IV-Leistungen.....	Jäger-Goy
Nr. 8/1998	Online-Monitoring - Gewinnung und Verwertung von Online-Daten.....	Guba/Gebert
Nr. 9/1998	GUI - Graphical User Interface.....	Maul
Nr. 10/1998	Institutionenökonomische Grundlagen und Implikationen für Electronic Business.....	Schwicker
Nr. 11/1998	Zur Charakterisierung des Konstrukts "Web Site".....	Schwicker
Nr. 12/1998	Web Site Engineering - Ein Komponentenmodell.....	Schwicker
Nr. 1/1999	Requirements Engineering im Web Site Engineering – Einordnung und Grundlagen.....	Schwicker/Wild
Nr. 2/1999	Electronic Commerce auf lokalen Märkten	Schwicker/Lüders
Nr. 3/1999	Intranet-basiertes Workgroup Computing	Kunow/Schwicker
Nr. 4/1999	Web-Portale: Stand und Entwicklungstendenzen.....	Schumacher/Schwicker
Nr. 5/1999	Web Site Security.....	Schwicker/Häusler
Nr. 6/1999	Wissensmanagement - Grundlagen und IT-Instrumentarium.....	Gaßen
Nr. 7/1999	Web Site Controlling.....	Schwicker/Beiser
Nr. 8/1999	Web Site Promotion	Schwicker/Arnold
Nr. 9/1999	Dokumenten-Management-Systeme – Eine Einführung	Dandl
Nr. 10/1999	Sicherheit von eBusiness-Anwendungen – Eine Fallstudie	Harper/Schwicker
Nr. 11/1999	Innovative Führungsinstrumente für die Informationsverarbeitung	Jäger-Goy
Nr. 12/1999	Objektorientierte Prozeßmodellierung mit der UML und EPK	Dandl
Nr. 1/2000	Total Cost of Ownership (TCO) – Ein Überblick.....	Wild/Herges
Nr. 2/2000	Implikationen des Einsatzes der eXtensible Markup Language – Teil 1: XML-Grundlagen.....	Franke/Sulzbach
Nr. 3/2000	Implikationen des Einsatzes der eXtensible Markup Language – Teil 2: Der Einsatz im Unternehmen	Franke/Sulzbach
Nr. 4/2000	Web-Site-spezifisches Requirements Engineering – Ein Formalisierungsansatz	Wild/Schwicker
Nr. 5/2000	Elektronische Marktplätze – Formen, Beteiligte, Zutrittsbarrieren	Schwicker/Pfeiffer
Nr. 6/2000	Web Site Monitoring – Teil 1: Einordnung, Handlungsebenen, Adressaten.....	Schwicker/Wendt
Nr. 7/2000	Web Site Monitoring – Teil 2: Datenquellen, Web-Logfile-Analyse, Logfile-Analyzer	Schwicker/Wendt
Nr. 8/2000	Controlling-Kennzahlen für Web Sites.....	Schwicker/Wendt
Nr. 9/2000	eUniversity – Web-Site-Generierung und Content Management für Hochschuleinrichtungen.....	Schwicker/Ostheimer/Franke

Bestellung (bitte kopieren, ausfüllen, zusenden/zufaxen)

Adressat: Professur für BWL und Wirtschaftsinformatik
 Fachbereich Wirtschaftswissenschaften
 Licher Straße 70
 D – 35394 Gießen
 Telefax: (0 641) 99-22619

Hiermit bestelle ich gegen Rechnung die angegebenen Arbeitspapiere zu einem Kostenbeitrag von DM 10,- pro Exemplar (MwSt. entfällt) zzgl. DM 5,- Versandkosten pro Sendung.

Nr.	An
1/1996	
2/1996	
3/1996	
4/1996	
5/1996	
6/1996	
7/1996	
8/1996	
9/1996	
10/1996	
11/1996	
12/1996	

Nr.	An
1/1997	
2/1997	
3/1997	
4/1997	
5/1997	
6/1997	
7/1997	
8/1997	
9/1997	
10/1997	
11/1997	
12/1997	

Nr.	Anz
1/1998	
2/1998	
3/1998	
4/1998	
5/1998	
6/1998	
7/1998	
8/1998	
9/1998	
10/1998	
11/1998	
12/1998	

Nr.	Anz
1/1999	
2/1999	
3/1999	
4/1999	
5/1999	
6/1999	
7/1999	
8/1999	
9/1999	
10/1999	
11/1999	
12/1999	

Nr.	Anz
1/2000	
2/2000	
3/2000	
4/2000	
5/2000	
6/2000	
7/2000	
8/2000	
9/2000	

Absender:

Organisation _____

Abteilung _____

Nachname, Vorname _____

Straße _____

Plz/Ort _____

Telefon _____ Telefax _____ eMail _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____